

Die anwaltliche Kooperation auf nationaler Ebene

Berufs- und haftungsrechtliche Aspekte

Bearbeitet von
Andreas Ruff

1. Auflage 2011. Taschenbuch. XXXII, 175 S. Paperback
ISBN 978 3 631 61770 0
Format (B x L): 14,8 x 21 cm
Gewicht: 260 g

[Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Vergütungsrecht, Kostenrecht, Berufsrecht > Berufsrecht, Kostenrecht Rechtsanwälte und Notare](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Erklärung, Ziel und Inhalt der Arbeit

§ 2 Der Begriff der anwaltlichen Kooperation

I. Bisherige Definitionsversuche – eine kritische Betrachtung

1. Rechtsprechung

2. Literatur

2.1 Positive Definitionen

2.2 Negative Definitionen

2.3 Gemischt negativ-positiver Definitionsansatz

II. Eigene Begriffsdefinition

§ 3 Erscheinungsformen der Kooperation auf nationaler Ebene in der Praxis

I. Statistik

1. Daten zur Kooperation generell

2. Daten zu den einzelnen Kooperationstypen

II. Kooperationstypen

1. Zusammenarbeit von Fall zu Fall

2. Kooperationsnetzwerke

2.1 Best Friends-System

2.2 Clubs und Allianzen

2.2.1 Club

2.2.2 Allianz

2.3 Spezialisierungsnetzwerke

2.4 Kanzleimanagementnetzwerke

2.5 Rechtsanwalts-Franchising

3. Spezialistenkooperation

4. Joint Venture/ARGE
5. Sonstige Kooperationsformen

§ 4 Anwaltliches Berufsrecht innerhalb der Kooperation

I. Bindung des Kooperationspartners an anwaltliches Berufsrecht und die Bedeutung

konkurrierender Berufsrechtsregime der Kooperationspartner

1. Normadressaten des anwaltlichen Berufsrechts
2. Mittelbare Bindung der nichtanwaltlichen Kooperationspartner?

2.1 Regelungsgehalt der §§ 30 und 33 Abs. 2 BORA

2.2 Geltung in der Kooperation

2.2.1 Meinungsstand

2.2.2 Stellungnahme

2.3 Zurechnung einzelner berufsrechtswidriger Handlungen des Kooperationspartners

3. Konkurrierende Berufsrechtsregime der Kooperationspartner

II. Einzelne Berufspflichten

1. Verschwiegenheit

1.1 Meinungsstand

1.2 Stellungnahme

1.2.1 Keine generelle stillschweigende Einwilligung

1.2.2 Sonderfall: Die Kooperation als Scheinsozietät

1.2.3 Stillschweigende Einwilligung im Einzelfall

1.2.4 Sonderfall: Belehrungspflicht

1.3 Vermeidungsstrategien für Verstöße in der Praxis und Vertragsgestaltung

2. Das Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen

2.1 Meinungsstand und Entwicklung der Regelungssituation

- 2.1.1 Vor Inkrafttreten der BORA
 - 2.1.2 Einführung des § 3 Abs. 2 BORA a.F.
 - 2.1.3 Berücksichtigung des § 33 Abs. 1 BORA
 - 2.1.4 Feststellung der Nichtigkeit des § 3 Abs. 2 BORA a.F. durch das BVerfG
 - 2.1.5 Neufassung des § 3 Abs. 2 BORA
 - 2.2 Stellungnahme
 - 2.2.1 Keine Erstreckung auf die nichtanwaltlichen Kooperationspartner
 - 2.2.2 Keine direkte Anwendung des § 3 Abs. 2 BORA durch extensive Auslegung
 - 2.2.3 Keine generelle entsprechende Anwendung des § 3 Abs. 2 BORA
 - 2.2.4 Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die generelle Erstreckung auf die Kooperation
 - 2.2.5 Dauerhaftigkeit und Verfestigung kein geeignetes Differenzierungskriterium
 - 2.2.6 Entsprechende Anwendung auf die Kooperation als Scheinsozietät
 - 2.2.7 Entsprechende Anwendung im Einzelfall
 - 2.3 Vermeidungsstrategien für Verstöße in der Praxis und Vertragsgestaltung
 - 3. Pflicht zur Wahrung der Unabhängigkeit
 - 3.1 Keine prinzipielle Gefährdung der Unabhängigkeit durch die Kooperation
 - 3.2 Einzelne Klauseln des Kooperationsvertrages
- III. Honorarfragen
- 1. Geltung von § 49 b Abs. 3 BRAO und § 27 BORA in der Kooperation
 - 2. Regelungsgehalt des § 49 b Abs. 3 BRAO im Bezug auf die Kooperation
 - 2.1 Verbot des Vermittlungshonorars

2.2 Echte Gebührenteilung nur unter Rechtsanwälten

2.2.1 Zusammenarbeit von Verfahrensbevollmächtigtem und Verkehrsanwalt

2.2.2 Beauftragung in der gleichen Angelegenheit

2.3 Kein Verbot der unechten Gebührenteilung

2.3.1 Unechte Gebührenteilung in der interprofessionellen Kooperation

2.3.2 Unechte Gebührenteilung in der reinen Anwaltskooperation

2.3.3 Angemessenheitskontrolle der unechten Gebührenteilungsabrede

3. Regelungsgehalt des § 27 BORA im Bezug auf die Kooperation

4. Vermeidungsstrategien für Verstöße in der Praxis und Vertragsgestaltung

§ 5 Die Außendarstellung der anwaltlichen Kooperation

I. Berufsrechtliche Aspekte

1. § 8 BORA – Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Kooperationshinweises

1.1 § 8 Satz 1 BORA

1.1.1 Kooperation

1.1.1.1 Kooperation im weiteren Sinne

1.1.1.2 Kooperation mit nicht sozietätsfähigen Partnern

1.1.2 Auf Dauer angelegt – Verbot des Hinweises auf die Einzelfallkooperation

1.1.3 Durch tatsächliche Ausübung verfestigt – Verbot der Scheinkooperation

1.1.4 Zusammenfassung

1.2 § 8 Satz 2 BORA

1.3 Verstöße gegen § 8 BORA in der Praxis und Vermeidungsstrategien

- 1.3.1 Verstöße gegen das Verbot des Hinweises auf die Einzelfallkooperation
- 1.3.2 Verstöße gegen das Verbot der Scheinkooperation
- 2. Berufsrechtliche Anforderungen an die Gestaltung des Kooperationshinweises
 - 2.1 Kooperation als Scheinsozietät - Verstoß gegen das Verbot der irreführenden Werbung
 - 2.2 Kurzbezeichnung und Kooperation – § 9 BORA
 - 2.2.1 Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung
 - 2.2.2 Stellungnahme
 - 2.2.3 Praktische Konsequenzen am Beispiel der Franchisekooperation
 - 2.3 § 10 BORA – Sonstige Anforderungen an die Briefbogengestaltung
- 3. Die Zurechenbarkeit von Verstößen gegen das anwaltliche Werberecht durch die Kooperationspartner - § 6 Abs. 3 BORA

II. Haftungsrechtliche Aspekte

- 1. Rechtsnatur der Kooperation
 - 1.1 Kooperationen ohne vertragliche Grundlage
 - 1.2 Kooperationen auf austauschvertraglicher Grundlage
 - 1.3 Kooperationen auf gesellschaftsvertraglicher Grundlage
- 2. Keine haftungsrechtliche Einheit
- 3. Die Kooperation als Scheinsozietät
 - 3.1 Die Scheinsozietät als Haftungstatbestand
 - 3.1.1 Zurechenbarer Rechtschein des Bestehens einer Sozietät
 - 3.1.2 Vertrauen auf den Rechtschein
 - 3.1.3 Bestehen eines Mandatsverhältnisses als weitere Haftungsvoraussetzung?
 - 3.2 Haftungsfolgen
 - 3.2.1 Analogie zu § 8 PartGG oder § 128 HGB?

3.2.2 Haftung der Scheinsozien für Altverbindlichkeiten analog § 130
HGB?

3.2.3 Haftung in der interprofessionellen (Schein-)Sozietät

III. Die Grenze zwischen zulässigem Kooperationshinweis und
Scheinsozietät

1. Kooperationshinweis „gänzlich irrelevant“?
2. Eindeutigkeit
3. Erkennbarkeit auf einen Blick
4. Kein einheitlicher Zusatz zur Kurzbezeichnung
5. Schlussfolgerungen für die rechtssichere Gestaltung des Kooperations-
hinweises

§ 6 Ergebniszusammenfassung und Ausblick